

Kennziffernfragen sind Machtfragen

Politische Dimensionen von Gegenstand und Methode von Wachstumsdebatten

Lutz Brangsch

Die Frage nach Charakter, Perspektiven und Grenzen von Wachstum ist nicht neu. Sie steht bereits am Beginn der Entwicklung des Kapitalismus (Sismondi), erhielt in den 70er Jahren einen starken Impuls (Club of Rome) und nimmt mit der Klimakrise und der Ernährungskrise gegenwärtig eine neue Brisanz an. Wachstumskritik war immer Gesellschaftskritik und Ausdruck von Krisen bzw. Krisenbewusstsein – etwa bezüglich des sozialen Status bestimmter Klassen oder Schichten (Sismondi) oder auch der Menschheit insgesamt (Club of Rome). Über weite Strecken trägt sie eine Tendenz zu ökonomisch-romantischen Vorstellungen in sich, gespeist aus der Hoffnung, Dynamik des Kapitalismus, sozialen Ausgleich und harmonisch gestaltetes kapitalistisches Eigentum (als Balance zwischen kleinem, mittlerem und großem Kapital) verbinden zu können. Diese Vorstellungen, exemplarisch bereits von Sismondi formuliert, sind die radikalste Variante von Wachstumskritik im Rahmen des gegebenen kapitalistischen Systems. Diese Kritik bezog sich auf den Charakter der sich entwickelnden Produktivkräfte (Maschinensystem) wie auch die Produktionsverhältnisse und ihre soziale Folgen (Verelendung der Lohnarbeiter, Konzentration in der Landwirtschaft zu Gunsten von kapitalistisch organisierten Unternehmen, Trennung der Eigentümer- von der Unternehmerfunktion). Sismondi war in diesem Sinne kein Sozialist, er wollte das, was man heute vielleicht als »Guten Kapitalismus« bezeichnen würde.¹ Karl Marx charakterisierte das Dilemma Sismondis wie folgt: »Was aber bei ihm zugrunde liegt, ist in der Tat die Ahnung, daß den im Schoß der kapitalistischen Gesellschaft entwickelten Produktivkräften, materiellen und sozialen Bedingungen der Schöpfung des Reichtums, neue Formen der Aneignung dieses Reichtums entsprechen müssen; daß die bürgerlichen Formen nur transitorische und widerspruchsvolle sind, in denen der Reichtum immer nur eine gegensätzliche Existenz erhält und überall zugleich als sein Gegenteil auftritt. Es ist Reichtum, der immer die Armut zur Voraussetzung hat und sich nur entwickelt, indem er sie entwickelt.« Daraus stellt sich für ihn (Sismondi) beständig die Frage: »Sollen die Produktivkräfte von Staats wegen gefesselt werden, um sie den Produktionsverhältnissen adäquat zu machen, oder die Produktionsverhältnisse, um sie den Produktivkräften adäquat zu machen?« (Marx 1976, 50f.).

Diese Ahnungen und Dilemmata bestimmen bis heute die Wachstumsdiskussion. Wie in allen anderen gesellschaftswissenschaftlichen Diskussionen steht auch hier die Frage am Anfang: Akzeptiert man die Möglichkeit einer Gesellschaft, die sich von dem, was heute als Kapitalismus bezeichnet wird, qualitativ unterscheidet (vor allem hinsichtlich der Art der Marktbeziehungen, der Eigentumsverhältnisse und der ungerechten Arbeitsteilung ...) oder nicht? Jede Debatte geht von solchen Vorannahmen aus, die letztlich oft Verlauf und Ergebnisse der Diskussion bestimmen.

Im Kern bewegt sich die Wachstumskritik auch heute noch auf dem Niveau eines Sismondi. So liest sich etwa das altersweise Buch Meinhard Miegels »Exit. Wohlstand ohne Wachstum« (Miegel 2010) wie eine Fortsetzung der Darstellungen von Sismondi knapp 200 Jahre früher. Miegel stellt berechtigt die Lebensweise und Werte in Frage, die grundlegenden Machtverhältnisse und die Verhältnisse des kapitalistischen Marktes mit seinen ureigenen Triebkräften aber nicht. Er kritisiert berechtigt das »Spielen und Wetten«, führt es aber letztlich auf die menschliche Natur zurück: »Der Mensch ist offenbar ein Spieler. Bekommt er Gelegenheit hierzu, gibt es kein Halten mehr« (ebd., 24). Diese subjektivistische Sichtweise, das Ausblenden der Gesellschaftlichkeit des Menschen prägen die Diskussionen um die Entwicklung des Kapitalismus und deren Erscheinungsweise »Wachstum« unverändert – es geht um die Quadratur des Kreises. Die EU fordert in ihrem Konzept »Europa 2020« ein »intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum«. Dabei geht es um »eine Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts.« Damit ist aber die Richtung bestimmt, die dann die konkrete Ausgestaltung des politischen Handelns entsprechend der folgenden Prioritäten bestimmen:

»In Europa 2020 werden drei sich gegenseitig verstärkende Prioritäten vorgeschlagen:

- Intelligentes Wachstum: Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft
- Nachhaltiges Wachstum: Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft
- Integratives Wachstum: Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt.« (EK 2010, 3).

Hier wird besonders deutlich, wie eng die Frage nach dem Wachstum mit Politik verbunden ist. Es geht um eine kapitaldominierte, integrationsfähige und stabile Gesellschaft: Wachstumsfragen sind somit Machtfragen.

Wachstum als gesellschaftliche Legitimation

Um die derzeitigen Diskussionen bewerten zu können und Maßstäbe für eigenes politisches Handeln zu finden, muss der Wirkungsmechanismus von Wachstumspolitik und der mit ihr verbundenen Kennziffern betrachtet werden.

»Wachstum« als Problem taucht in der breiteren ökonomischen und politischen Diskussion erst auf, als krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus droht, in politische Delegitimation umzuschlagen. Im 19. Jahrhunderts wird das Wachstum als natürlicher Begleiter des kapitalistischen Wirtschaftens, nicht als wirtschaftswissenschaftliches oder wirtschaftspolitisches Problem wahrgenommen. Mit dem Verschwinden monetaristischer und merkantilistischer Auffassungen und dem Triumph der politischen Ökonomie des Kapitals (Adam Smith und David Ricardo) tritt die Entwicklung des Unternehmens gegenüber der des Staates in den Vordergrund. Monetaristen und Merkantilisten des 17. und 18. Jahrhunderts sahen in der Mehrung des Geldschatzes des Staates (zu der Zeit eben des Fürsten) bzw. in einer positiven Handelsbilanz und damit gegebenen Steuereinnahmen des Staates Ziel der Wirtschaftspolitik. Nun, zum Beginn des 19. Jahrhunderts, trat die Mehrung des Kapitals des Unternehmers in den Vordergrund. Weitläufige staatliche Interventionen erschienen zu diesem Zeitpunkt weitgehend entbehrlich. In einer zweiten Phase, nach dem Einsetzen des kapitalistischen Krisenzyklus tritt die Frage nach dem Gleichgewicht der

Wirtschaft in den Vordergrund. Wirtschaftliche Dynamik wird unter dem Gesichtspunkt der Abstimmung zwischen den »Produktionsfaktoren« betrachtet. In einer dritten Phase (vor allem mit J. Schumpeter verbunden) wird das Wachstumsproblem als Problem der Regulierung erkannt. Wachstum als solches wird als Regulierungsziel relevant. Im Wachstum scheint eine optimale Verteilung der Produktionsfaktoren sichtbar zu werden. Wachstum ist der sichtbare Beweis, dass Gleichgewicht und wirtschaftliche Dynamik im Kapitalismus miteinander verbunden sein können. Wachstum entwickelt sich so zu einem Indikator von Entwicklung und Zukunftsfähigkeit, zu einem Indikator dafür, inwieweit eine solche Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen (mit Hilfe staatlicher Regulierungsinstrumente) erreicht worden ist, dass Unternehmen sich entwickeln können, also die Verwertung der eingesetzten Kapitale funktioniert, gleichzeitig auch eine politische Situation erreicht ist, in der es nicht zu signifikanten sozialen (das Gleichgewicht störenden) Zusammenstößen kommt. Diese Vorstellung trifft sich mit gewerkschaftlichen Forderungen und Konzepten, die im Wachstum unter dem skizzierten Gesichtspunkt Quelle auch ihrer politischen Handlungsfähigkeit sehen – Wachstum bedeutet Arbeitsplätze – Arbeitsplätze bedeutet Mitglieder – Mitglieder (die Arbeit haben) bedeuten Macht, Macht bedeutet, in Wachstumsphasen Lohnerhöhungen und weitere Verbesserungen durchsetzen zu können. Hohes Wachstum erschien so verschiedenen Seiten als Ausdruck wirtschaftlicher und politischer Ausgeglichenheit. Das Maß des BIP und der Prozess des Messens über die staatliche Statistik konzentrierten die Aufmerksamkeit auf die Einkommensentwicklung, auf den Erfolgsindikator des Kapitalismus. Andere Seiten der gesellschaftlichen Entwicklung verschwanden aus dem Blickfeld.

In der Wirklichkeit ging und geht diese Rechnung aber nicht auf. Hinter der Fassade des Wachstums verliefen immer sozial und ökologisch destruktive Prozesse. Stellte man aber das Wachstumsdogma in Frage, stellte man sowohl die politische Regulierungsfähigkeit des Staates wie auch die Naturgegebenheit der Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus als Wirtschaftssystem in Frage. An dieser Stelle verlieren alle bisherigen Diskussionen ihre Kraft. Immer, wenn die Machtfrage gestellt wurde (und dies betrifft Kapitalismus wie Realsozialismus gleichermaßen) brach die Diskussion ab.

Auf der anderen Seite steht die mehr oder weniger offene Leugnung des Problems selbst. Die achte, grundlegend überarbeitete Auflage des Lehrbuchs Volkswirtschaftslehre [Economics] von Paul Samuelson (Samuelson/Nordhaus 1987) kennt Wachstum, kein grundsätzliches Wachstumsproblem. In diesem Lehrbuch, das vom Ende der 40er Jahre an über mehrere Jahrzehnte außerordentlichen Einfluss ausübte, erscheinen Krisen, Arbeitslosigkeit u. a. als »leichtes Kräuseln an der Oberfläche der größeren Wellen des wirtschaftlichen Wachstums« (ebd., Bd. 2, 563). Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den siebziger und achtziger Jahren ist ihm »rätselhaft« (ebd., Bd. 2, 586). Real ist aber »das Kräuseln« das Normale, die Kontinuität nur der statistisch auszumachende Trend. Die Vorannahme der Naturgegebenheit kapitalistischen Wirtschaftens mit den ihm eigenen Mechanismen von Konkurrenz und die Fixierung auf »Produktionsfaktoren« (Arbeit, Kapital, Innovation) verstellt den Blick auf das Wachstumsproblem. Das Denken orientiert sich am monetären Ergebnis, nicht am materiellen Aufwand – dieser erscheint nur als Kostenfaktor, als Element des Kapitaleinsatzes. Umweltschäden werden als externe Kosten, für die Gesellschaft aufkommen muss, qualifiziert. Ressourcen werden so von vornherein

als dem Verwertungsprozess quasi natürlich zufallende ökonomische Potenziale verstanden. Aber auch Samuelson verweist auf die Grenzen des Bruttosozialproduktes für die Messung der Wohlfahrt und führt als Ergänzung den Gesamtwirtschaftlichen Nettonutzen (GNN – 1972 von Nordhaus und Tobin eingeführt) als weitere Messmöglichkeit von Entwicklung an (ebd., Bd. 1, 199).

Letztlich geht es bisher immer um Quantitäten – nie um die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich in den konkreten Entwicklungs- bzw. Wachstumsprozessen äußern.

Diesen methodischen Grundansatz der Naturgegebenheit des kapitalistischen Verwertungsmechanismus verlassen auch WachstumskritikerInnen wie Binswanger (2006) oder Ostrom nicht. Obwohl sie wie auch andere TheoretikerInnen (z. B. David W. Pearce und Robert K. Turner (1990), Amartya Sen usw., auch die EU übrigens, vgl. Delft 2008) die Folgekosten von mit Wachstum verbundenem Ressourcenverbrauch ausführlich diskutieren, geht es letztlich immer um die Bepreisung dieses Verbrauchs, davon ausgehend um seine Senkung. Die Subjekte der mit Wachstum bezeichneten Entwicklungsprozesse spielen primär unter dem Gesichtspunkt ihrer Rolle als oder ggf. Verwandlung in Marktsubjekte eine Rolle. Die Erkenntnis, dass Wachstum in der bisherigen Weise system- und menscheitsgefährdend wird, bedeutet nicht automatisch, dass man an die Wurzel der Probleme kommt.

Die Verschiebung in der Sichtweise auf die Bedeutung von Wachstum durch Ressourcenverbrauch sollte man, bei aller Beschränktheit, nun allerdings nicht einfach als neue Spielart der Kapitalakkumulation und bloße Apologetik und somit für linke Strategien irrelevant abtun. Sie sind Reflex eines Prozesses der Vertiefung des gesellschaftlichen Charakters des Reproduktionsprozesses. Marx folgend ist gesellschaftliche Reproduktion Einheit der Reproduktion der materiellen Existenzbedingungen der Gesellschaft und Reproduktion der sozialen Beziehungen. (Brangsch 2006) Die Wahrung der Stabilität dieses Zusammenhanges ist eine pure Existenzfrage für die Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses – und nur das ist nach Marx hier wesentlich. Es geht bei der nun geforderten Begrenzung des Wachstums im Kern um die gleichen Fragen wie bei den Auseinandersetzungen um Arbeitsschutzgesetze, um die Durchsetzung des Achtstundentages usw. Es handelt sich hier um notwendige Begrenzungen nur aus der Sicht der Erhaltung der Existenz des Kapitalverhältnisses in seiner Totalität (vgl. Marx 1974, 189), des Gesamtkapitals. Sie bleiben immer wieder umkämpft und werden immer wieder unterlaufen werden. Das schließt sowohl Grenzen wie auch Möglichkeiten von gesellschaftlicher Intervention und Gestaltung ein: »Das Kapital, das so ›gute Gründe‹ hat, die Leiden der es umgebenden Arbeitergeneration zu leugnen, wird in seiner praktischen Bewegung durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung der Menschheit und schließlich doch unaufhaltsame Entvölkerung so wenig und so viel bestimmt als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne. In jeder Aktienschwindelei weiß jeder, daß das Unwetter einmal einschlagen muß, aber jeder hofft, daß es das Haupt seines Nächsten trifft, nachdem er selbst den Goldregen aufgefangen und in Sicherheit gebracht hat ... Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.« (Marx 1971, 285) Und wenig später sagt er: »Zum ›Schutz‹ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt

mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der ›unveräußerlichen Menschenrechte‹ tritt die bescheidne Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags, die ›endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt‹.« (Marx 1971, 319-320)

Aus der Sicht der Einzelkapitale sind diese Begrenzungen ein Hindernis ihrer Entwicklung. Inwieweit diese Begrenzungen durch neue Kennziffern dann die Wirkungen des Kapitalverhältnisses, die Expansion in Breite und Tiefe real einschränken, ist eine Frage politischer Kräfteverhältnisse. Insofern ist der Zusammenhang von Kapitalismus und Wachstum keinesfalls starr. Reformnotwendigkeiten und -möglichkeiten entspringen der Dialektik der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaft, der darin eingebundenen widersprüchlichen Einheit von Politik und Ökonomie, selbst. Die Einführung neuer Kriterien wirtschaftlicher Entwicklung sind Ausdruck einer erkannten gesellschaftlichen Reproduktions- und Regulationskrise und der Bedeutung der Verflechtung ökonomischer, ökologischer, sozialer und kultureller Fragen für die Stabilität der Gesellschaft. Die Wachstumsdiskussion ist eine Entwicklungsdiskussion. Noch genauer: sie ist eine Fortschrittsdiskussion. Es geht um die Interpretation von Fortschritt als Fortschritt im und des Kapitalismus. Insofern ist der Titel der im Auftrag des französischen Präsidenten 2009 erstellten Studie von Stiglitz, Sen und Fitoussi völlig richtig: »Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.« Auch in der diesbezüglichen EU-Strategie geht es um die »Messung des Fortschritts in einer Welt des Wandels« (EK 2009).

Das Verständnis des Fortschritts als »Mehr Konsumtion« und »Effektivere Produktion« ließ und lässt immer Größe und Struktur des Ressourcenverbrauches in den Hintergrund treten. Mehr noch: Innovation wurde und wird meist automatisch immer noch mit Fortschritt und mit Wachstum gleichgesetzt. Entwicklung, Fortschritt und Wachstum durch die Nutzung von Biodiesel etwa erweisen sich in der Bilanz eben als selektiv – sie bedeutet auch ökologische Schäden, Ernährungsprobleme, Enteignungen usw. Ähnliches lässt sich auch über Mobiltelefone, Computer usw. sagen. Die Identifizierung von Fortschritt mit »mehr«, »besser«, »leichter«, »angenehmer« zieht eine Lebensweise nach sich, die auf Genuss fokussiert (was nicht falsch ist), aber den »Preis« des Genusses nicht internalisiert – dies betrifft den »Preis« hinsichtlich der Integration in kapitalistische Verwertung, dies betrifft den »Preis« hinsichtlich der Untergrabung der Quellen dieses gesellschaftlichen Reichtums, der menschlichen und kulturellen Verluste. Die Reaktion auf diese Situation hängt davon ab,

- a) worin man die Ursachen dieser zerstörerischen Tendenzen sieht – in der Eigenart kapitalistischer Reproduktion oder in einer falschen Anreiz-Politik, und
- b) ob man die Grundstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft für natürlich, unveränderbar hält oder nicht.

Auch der neue Wachstumsdiskurs verbleibt in konventionellen Grenzen

Die landläufige Auffassung von Wachstum als Wachstum des BIP spricht die hier nur skizzenhaft entwickelten Zusammenhänge nicht aus. Wachstum erscheint im gegenwärtigen Diskurs in Geld gemessene Erweiterung der Produktion von Gütern und

Leistungen. Die Verbindung mit einem wachsenden Verbrauch nichtreproduzierbarer Ressourcen wird nicht oder wenig sichtbar. Unsichtbar bleibt auch, dass hinter dem Mehr an Konsumtion und Mehr an Verbrauch eine Beschleunigung materieller Kreisläufe steht, die jenseits ökonomischer (geldmäßiger) Messbarkeit Lebens- und Existenzbedingungen von Menschen und der Menschheit verändern. Weitgehend unsichtbar bleibt die soziale Qualität.

Als Geldausdruck und nur als Geldausdruck ist Wachstum Kriterium wirtschaftspolitischen Handelns. Geld, Güter und Leistungen sind in der heutigen Gesellschaft Momente des Kapitalkreislaufes. In seiner qualitativen Dimension (vermittelt über Geld/Kredit) beschreibt der Begriff so die Expansion des Kapitalverhältnisses, nicht einfach der Expansion kapitalistischer Unternehmen. Wachstum muss so als gesellschaftliches Verhältnis verstanden werden. *Genauer: Wachstum ist eine historisch spezifische Realisierung des Kapitalverhältnisses – Wachstumspolitik ist letztlich Rahmensetzung für die Reproduktion kapitalistischer Eigentumsverhältnisse entsprechend der konkreten historischen Bedingungen.*

Wachstum ist so nur eine Komponente von Entwicklung und das »Wachstum als Wachstum des BIP« ist auch nur eine bestimmte historische Ausformung eines Entwicklungs- und Fortschrittskriteriums.

Indem Wachstum des BIP zum Kriterium wirtschaftspolitischer Entscheidungen gemacht wird, wird die Ausrichtung konkreter politischer Entscheidungsprozesse vorherbestimmt: sei es die Geld- und Finanzpolitik, die Haushaltspolitik, die Technologiepolitik, die Umweltpolitik, die Sozialpolitik usw. Betrachtet man die Argumentationen zu den konkreten Maßnahmen auf diesen Gebieten, geht es nie um das Wachstum als solches, sondern immer um die Bedingungen der Entwicklung von Unternehmen, also um die Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen von Kapital. Wachstum ist die Chiffre, mit der die gesellschaftliche Gestaltung der Reproduktions- und Verwertungsbedingungen legitimiert, ein gemeinsames Interesse der verschiedenen sozialen Schichten konstruiert wird.

Die Dominanz des BIP und seiner Entwicklung als Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen ist Ausdruck einer Phase der Entwicklung des Kapitalismus, in der die Entfaltung der Kapitalverhältnisse in die Breite, extensiv erfolgte.

Die Bedeutung des BIP ist junger Natur. Lange Zeit waren Geldwertstabilität und andere Kennziffern weit bedeutender. Die Bedeutung dieser Kennziffer wächst in dem Augenblick, in dem das Wachstum sich nicht mehr scheinbar automatisch aus der normalen Entwicklung ergibt. Staatliche Intervention in einem breiteren Sinne wird unabweisbar, benötigt aber auch Maßstäbe. Es muss zudem die Frage beantwortet werden, warum Massenarbeitslosigkeit permanent wird, warum Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme nötig sind, warum Umverteilungen von unten nach oben unerlässlich sind. Das trifft damit zusammen, dass die Grenzen des klassischen Wachstumstyps offensichtlich werden.

Bei der seit den späten siebziger Jahren an Gewicht gewinnenden Diskussion geht es um eine Entwicklung des Kapitalverhältnisses in die Tiefe, um eine intensivere Nutzung aller Ressourcen. Gleichzeitig geht es um eine solche Gestaltung von Konkurrenzverhältnissen, die den Triebkräften des Kapitalismus Raum geben, die eine kapitaldominierte Reproduktion von Arbeitskraft höherer Qualität gewährleisten und gleichzeitig Tendenzen zurückdrängen, die die physische Existenz der Menschheit bedrohen.

Mit dem Bericht an den Club of Rome (1972) und dem Richta-Report (1968) wurden Begrenzungen des Ressourcenverbrauchs und die Grenzen einer auf wachsendem Ressourcenverbrauch beruhenden Wirtschaft, einer kapitalistischen wie realsozialistischen, konstatiert. Mit der Entstehung der Grünen als Partei wurde in Deutschland die ökologische Frage im politischen Raum institutionalisiert.

Die Wachstumskritik ist Reflex einer Krise der allgemeinen Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus. Sie ist Kritik eines bestimmten Weges kapitalistischer Entwicklung. Sie bleibt weiter davon ausgehend Ausdruck bestimmter Veränderungen von Interessenkonstellationen im Rahmen des Systems selbst.

Sie lässt sich also keinesfalls auf die ökologische Dimension verengen. Die Fixierung auf die Absenkung des Verbrauches dieser und jener natürlichen Ressourcen bzw. die Absenkung der Emissionen dieser oder jener Stoffe erfasst nur einen Teil des Problems. Mehr und mehr werden die Bedrohungen, die aus den mit der Verfolgung von traditionellen Wachstumsstrategien verbundenen sozialen Konsequenzen erwachsen, erkannt. Wie schon die Durchsetzung sozialstaatlicher Regulierungen als Grenze der »Verheerung der Ware Arbeitskraft« bedeutet die nachhaltigkeitsorientierte Regulierung eine komplexe Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, eine Verschiebung von Zukunftsoptionen, eine Veränderung des Akkumulations- und Herrschaftsregimes.

Die Bedeutung des BIP als Maß hing und hängt vor allem mit Regulierungsnotwendigkeiten zusammen; sie war Ausdruck einer bestimmten Reproduktionsweise – ein Wandel der Regulierungsnotwendigkeiten bedeutet eine Wandlung der Rolle der entsprechenden Kennziffern.

Ein linke Debatte kann und muss dies im Interesse der Existenzsicherung der Menschheit begleiten (gegen andere, menschheitszerstörende Konzepte, die auf eine Entwicklung in der Breite setzen), muss aber das Wie in den Mittelpunkt stellen – also die Frage beantworten, wie die Regulierungen von Entwicklungsprozessen so zu gestalten sind, dass sie Spielräume für politisches Handeln erweitern.

Allerdings: Die Auflösung der Entwicklungsfrage in Einzelfragen des Wachstums verstellt den Blick auf das Wesen. Nicht nur Wachstum Wovon, für Wen, Wie, sondern zuerst der soziale Inhalt des mit dem Begriff beschriebenen Prozesses ist wesentlich. Von da aus sind andere Fragen zu beantworten. Versucht man, die »Ja/Nein-Frage« oder die nach dem »richtigen« Wachstum zu beantworten, ohne diese Grundfrage zu klären, wird die Antwort beliebig. Die Komponenten der Diskussion »Absenkung des absoluten Ressourcenverbrauchs«, »Effektivität des Ressourceneinsatzes«, »Effektivität der Konsumtion« stellen sich je nach ihrer gesellschaftspolitischen Einbindung durchaus unterschiedlich dar. Allein angesichts des Hungers in der Welt ist das Wachstum bestimmter Produktion von Nahrungsmitteln etwa unersetzlich. Das hat auf anderen Gebieten zwangsläufig auch Wachstums- wie auch Schrumpfungsprozesse zur Folge. Welche aber sind es – darum geht es letztlich. Ob der Ansatz im Ressourcenverbrauch, in der Art, wie Ressourcen in neue Produkte verwandelt werden (also in der Produktions- und Aneignungsweise), in der Einkommensentwicklung und ihren strukturellen Quellen (Jaeger u. a. 2009) oder in der Konsumtion (Stiglitz et al. 2009) liegt, führt zu unterschiedlichen Konzepten.

Kennziffern und Messprozesse bewegen sich also in folgender Widerspruchskonstellation:

- Vermittlung der Realisierung von Eigentumsverhältnissen

- Realisierung widersprüchlicher Interessen zwischen Gesellschaft, Staat und Unternehmen, zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unter diesem Fokus
- Geben der Dynamik mehr oder weniger Raum
- Wirken in diesen Vermittlungen auf die Lebensweise in nicht berechenbarer Weise
- Wirken auf der ideologischen und kulturellen Ebene als Legitimation politischer Entscheidungen (vermitteln Akzeptanz).

Was bedeutet die Aggregation in Geldausdrücken?

Regulierung braucht aggregierte Kriterien. Die Ausweitung des Geldausdrucks der produzierten Güter und Leistungen ist der einfachste und der Eigenheit des kapitalistischen Reproduktionsprozesses entsprechende Ausdruck von Zielrealisierung, von Verwertung des Kapitals. Verwertung von Kapital muss sich in möglichst wachsender Profitmasse darstellen. Inwieweit das mit wachsendem Verbrauch materieller Ressourcen verbunden ist, ist eine zweite Frage. Über lange Zeit war die extensive Erweiterung der übliche Weg. In den siebziger Jahren begann in den »alten« Industrieländern der Übergang zu intensiveren Formen der Reproduktion in den Unternehmen, nicht unbedingt im gesellschaftlichen Maßstab. Die Verschiebungen in der Struktur des Konsums (als Verbrauch von Materialien usw. in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen sowie der Konsumtion im engeren Sinne), die Ersetzung von alten Produkten durch neue vollzog sich bei Verschiebung des Aufwandes, der Ersetzung von Materialien, durch Einbeziehung neuer Materialien in die Produktion. Rohstoffe wurden höher veredelt, ohne dass der Ressourcenverbrauch tatsächlich sank, eine qualitativ höhere Nachhaltigkeit von Entwicklung erreicht wurde. Dies erfolgte bei niedrigem Wachstum in den »alten« Industrieländern! Trotz dieses niedrigen statistischen Wachstums der aggregierten Kennziffer BIP sind wir mit Überkapazitäten (das zeigte sich in der jüngsten Krise deutlich), mit wachsendem privatem Reichtum (als Verfügung über Geld und über Kapital) und der Teilhabe breiter Kreise der Bevölkerung an der konsumtiven Nutzung des wissenschaftlichen Fortschritts (Handy, Computer, Auto, ...) konfrontiert. Die traditionelle Wachstumspolitik ist letztlich so ihrem Wesen nach Umverteilungspolitik, und gleichzeitig Form kapitalistischer Vergesellschaftung: Die Zerstörung der sozialen Bindungen in der Gesellschaft wird durch eine in quantitativ und/oder qualitativ wachsende Konsumtion in gewissem Maße kompensiert. Der Radioempfänger, dann der Fernseher und heute das Handy sind in fast allen Weltgegenden verfügbare Mittel, um Gesellschaft zu erhalten. Die Atomisierung der Marktsubjekte soll durch Konsum relativiert werden. Zerstörerischer Ressourcenverbrauch findet seine Legitimation in einer scheinbar naturgegebenen gesellschaftlichen Notwendigkeit.

Diese Politik der spezifisch kapitalistischen Vergesellschaftung braucht angesichts der gegebenen Situation ein neues Konzept, einen neuen Namen und eine neue Legitimation. Aus dieser Logik löst sich keines der gegenwärtig diskutierten Entwicklungskriterien.

Dabei geht es um Legitimation nach verschiedenen Seiten. Die Erhaltung der natürlichen Grundlagen wie auch der sozialen Grundlagen der gegebenen Gesellschaft fordert die Suche nach einem neuen Maßstab heraus, wenn politisch begründete und handhabbare Entscheidungen gefasst werden sollen. In seiner Qualität als gesell-

schaftliches Verhältnis verschlingen sich im Wachstum ökonomische, kulturelle und soziale Entwicklungen im Kapitalismus miteinander und mit der Reproduktion der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse. Eine am Maßstab des Wachstums orientierte Politik gab bisher in der oben beschriebenen Weise der Konkurrenz als entscheidender Bewegungsweise und Antrieb kapitalistischer Entwicklung Raum. Welcher neue Politikansatz kann diese Vermittlungsleistung künftig realisieren?

Dabei überlagern sich zwei eigentlich verschiedene Fragen – die des materiellen Ressourcenverbrauches und die der Messung von Entwicklung bzw. Wachstum in Geldausdrücken. In einer Warenwirtschaft wird man auf das Geldkriterium nicht verzichten können. Was aber ist Geld heute? Geld ist heute Kreditgeld. Die Verbindung von Geld und Kapital im Finanzkapital modifiziert somit immer die Messung und Bewertung von Entwicklung und eben Wachstum.

Insofern ist es auch methodisch und sachlich schwierig, einen Gegensatz zwischen Wachstum der »Realwirtschaft« und der »Finanzwirtschaft« anzunehmen. Die Entwicklung beider Sektoren kapitalistischer Wirtschaft ist nicht technisch, sondern organisch miteinander verbunden. Das ist dadurch zu erklären, dass die Vermittlung zwischen den Akteuren wie auch zwischen den verschiedenen Phasen des Reproduktionsprozesses über Kreditbeziehungen erfolgt. Ein Eingriff in einen der beiden Sektoren hat immer Wirkungen auf den anderen. Fasst man Finanzkapital als gesellschaftliches Verhältnis, IST Kapital heute Finanzkapital. Regulierung im Banken- und Investmentsektor zur Begrenzung des Wachstums von Profiten auf Kosten der Stabilität des Kapitalverhältnisses in seiner Totalität sind Moment der normalen Konkurrenz zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen. Diese Konkurrenz ist bei der Durchsetzung einer auf Nachhaltigkeit orientierten Strategie natürlich in Rechnung zu stellen. Und die Konkurrenz, genauer die Schaffung neuer Bewegungsräume des Konkurrenzverhältnisses, ist neben politischem Druck die einzige Quelle, um in der Kapitalfraktion Akzeptanz für die Veränderung von Prämissen zu erreichen.² Auch unter diesem Gesichtspunkt war das BIP eine geeignete Kennziffer, da traditionell ein Mehr an Ressourcenverbrauch ihr Pendant in mehr Einkommen zu finden schien. Die Veränderung von Kriterien der Art und Weise des Wirtschaftens durch die Ablösung des BIP verlagert die Konkurrenz auf neue Gebiete, neue Technologien etc. das dem Kapitalismus eigene Ziel des Wirtschaftens ist davon erst einmal nicht berührt.

Fassen wir diese Seite zusammen, kommen wir zu folgendem Ergebnis. Die Kennziffer BIP und das Kriterium ihres Wachsens müssen unter dem Gesichtspunkt ihrer Funktion für die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der politischen Ordnung betrachtet werden. Die Anwendung der Indikatoren BIP und Wachstum bedeuten besondere Wege der:

- Reproduktion der Produktionsbedingungen (Arbeitskraft, Infrastruktur ...)
- Gestaltung von Prozessen der Umverteilung
- Gestaltung von Konkurrenzbeziehungen zwischen unterschiedlichen Unternehmen und Kapitalfraktionen
- Sicherung politischer Stabilität
- Formierung einer bestimmten Lebensweise.

Die Kennziffern BIP und Wachstum des BIP sind somit selber Träger gesellschaftlicher Verhältnisse. Neue Kennziffern, die möglicherweise gesellschaftlichen Reproduktionserfordernissen besser entsprechen, werden dies genauso sein.

Der politische Prozess des Messens

Die Messung von Wachstum ist ein gesellschaftlicher und politischer Vorgang, kein technischer. Es ist zu bezweifeln, dass eine neue Kennziffer mit der Logik der Vertiefung des Kapitalverhältnisses bricht. Sie wird es neu interpretieren und wird versuchen, existenzsichernde Restriktionen gegenüber bestimmten Interessen zu begründen. Die langen Diskussionen um den Inhalt der Kennziffer BIP wie auch anderer Kennziffern sind Spiegel von Interessenauseinandersetzungen. Veränderungen in der Erfassung von Daten und in der Zuordnung einzelner Daten zu volkswirtschaftlichen Sachverhalten (Wachstum etc.) sind regelmäßig Gegenstand von Auseinandersetzungen z. B. zwischen den USA und der EU (vgl. Häring 2010). Die Art der statistischen Erfassung beeinflusst dementsprechend Aussagen über »Wachsen« und »Schrumpfen« erheblich. Es sind nach Aussagen von Statistikern auch die Entwicklungen in der Art der Produktion und der Art des Kooperierens von Unternehmen, die neue Anforderungen an das Messen selbst stellen.³

Im Kern geht es nicht um die Kennziffer, sondern um die Frage, wie wirtschaftspolitische Entscheidungen getroffen und legitimiert werden.

Dies wird auch deutlich in den fünf Komponenten der EU-Strategie zur Veränderung der Kriterien von politischen Entscheidungen (»Das BIP und mehr«) deutlich. Diese Komponenten umfassen:

- Ergänzung des BIP durch ökologische und soziale Indikatoren
- Informationen in Beinahe-Echtzeit für die Entscheidungsfindung
- Genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten
- Entwicklung eines europäischen Anzeigers für nachhaltige Entwicklung
- Einbeziehung von ökologischen und sozialen Anliegen in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (EK 2009, 4f.)

Tatsächlich entsprechen diese Vorhaben der wachsenden Komplexität der Reproduktionsbedingungen. Es zeigt aber auch, dass der Prozess des Messens, des Bewertens stärker in den Mittelpunkt rückt.

Eine neue Kennziffer ersetzt nicht die Notwendigkeit der Entwicklung von eigenen Instrumentarien der Analyse wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer usw. Prozesse durch linke Bewegungen. Wie die Aussagen der EU zeigen, geht es auch in deren Diskussionen nur marginal um die Kennziffer, es geht um den Prozess des Messens.

Messen ist kein naturwissenschaftlicher, sondern ein gesellschaftlicher Prozess, wie Statistik keine Unterabteilung der Natur- sondern der Gesellschaftswissenschaften ist. Kennziffern sind Träger gesellschaftlicher Verhältnisse, wie auch Geld und Ware. Das muss der methodische Ausgangspunkt sein, wenn man sich der Wachstumsfrage in der gegenwärtigen Diskussion um Charakter, Erfassung und Bewertung von Entwicklungsprozessen, die als Ressourcenverbrauch bzw. Wachstum erscheinen, nähern will. Insofern stellen Stiglitz, Sen und Fitoussi in ihrer BIP-Studie durchaus die richtige Frage – welche Prozesse sind für die Sicherung des Überlebens der Gesellschaft, genauer der kapitalistischen Gesellschaft nötig. Ihr Ansatz unterschlägt aber die Machtdimension des Messens und Bewertens und setzt an seine Stelle das abstrakte Wohlbefinden selbst. Dies ist eine deutliche Anleihe bei den Dogmen der subjektivistischen Schule der Wirtschaftswissenschaften (also Carl Menger und vor allem auch William Jevons, später Ludwig von Mises und Walter Eucken), die die

individuelle Wertschätzung zum Bezugspunkt nimmt. In der Tat geht es aber, auch wenn man dann die Nutzung der Kennziffern betrachtet, nicht um die Organisation von individuellem Konsum, sondern um die Gestaltung von Arbeitsteilung und um Umverteilungsprozesse. Mit den Entscheidungen, die auf bestimmten Kennziffern beruhen, werden vor allem vermittelt über das Kreditssystem und den Staatshaushalt weitreichende Umverteilungsprozesse initiiert.

Das zweite Problem liegt in der Vermittlung zwischen wirtschaftspolitisch formulierten Wachstumszielen und dem Verhalten der wirtschaftenden Subjekte – da ja die wirtschaftspolitischen nicht automatisch IHRE Ziele sind. Wirtschaftspolitische Entscheidungen sollen primär Verwertung von Kapital organisieren helfen. So entsteht bezüglich der Entwicklungsfrage ein Dreieck unterschiedlicher Interessen – das des Staates an Staatseinnahmen und politischer Stabilität, das der Unternehmen an maximalem Ergebnis und das der EigentümerInnen an maximaler Verwertung ihres Kapitals. Die Interessen von Beschäftigten, Konsumenten usw. vermitteln sich in dieser Konstellation einerseits über das Handeln des Staates, andererseits auch über das der Unternehmen. Auf der einen Seite ist dieses Interesse schwach, da es keine geschlossene Repräsentanz in den Entscheidungsprozessen findet, andererseits stark, weil es außerordentlichen Druck auf die Interessenlagen der drei genannten Akteure ausüben kann.

Für die Bewertung von beschäftigungspolitischen und sozialen Folgen einer Strategie, die auf eine Absenkung des Wachstums, wie es in BIP und Unternehmensergebnissen dargestellt wird, gerichtet ist, ist eine Herangehensweise, die im Rahmen der durch die benutzten Kennziffern selbst gesetzten qualitativen Prämissen verbleibt, untauglich. Es ist wahrscheinlich völlig zutreffend, dass bei Konstanz aller anderen Bedingungen eine Absenkung des Wachstums durch Produktionsbeschränkungen zu negativen beschäftigungs- und sozialpolitischen Folgen führen würde. Ihre Beherrschung erfordert die Verbindung kurzfristiger Maßnahmen mit längerfristigen gesellschaftskonzeptionell wirksamen politischen Aktivitäten.

Joachim Spangenberg beschreibt die methodische Seite des Problems, mit dem wir hier konfrontiert sind, völlig korrekt, wenn er feststellt: »In order to sketch out the functioning of a market economy beyond growth, the usual economic approach of changing one parameter and assuming *ceteris paribus* (»everything else remains the same«) is not adequate.« (Spangenberg 2010, 563).

Die Ablehnung einer »degrowth«-Strategie aus beschäftigungs- und sozialpolitischen Gründen wie auch der Versuch, eine »degrowth«-Strategie durch bloße Beschneidung von quantitativen Größen zu realisieren, sind Extreme, die gleichermaßen in eine Sackgasse führen. Das Zusammenfallen von Sinken des Wachstums und steigender Arbeitslosigkeit ist nicht kausal, sondern hat gemeinsame Wurzeln in der Dynamik des Verwertungsprozesses.

Allerdings besteht ein weiteres Problem. War die wachstumsorientierte Politik auch durch die Durchsetzung sozialstaatlicher Standards gekennzeichnet und eng mit einem konkret zu benennendem Träger, einer in kapitalistischen Unternehmen konzentrierten ArbeiterInnenklasse verbunden, so stellt sich dies heute anders dar. Wachstumspolitik war als Entwicklungspolitik notwendig mit der politischen Kompromissfindung verbunden. War der Druck des Fabriksystems und die Bedrohung der physischen Existenz eine unmittelbar fassbare und die Adressaten der sozialen Maßnahmen damit auch deutlich beschrieben, stellt sich die aus der Klimakrise re-

sultierende Bedrohung weniger fassbar dar. Es gibt keine mächtige ArbeiterInnenbewegung mehr, es gibt eine Vielzahl von Bewegungen, die zudem in Auseinandersetzung miteinander stehen. Wer misst also? Wie können zudem die globalen Bewegungen hier mit Einfluss gewinnen, wie diejenigen, die in der Politik nicht sichtbar werden können – wie etwa die Armen und Hungernden im Globalen Süden?

Jenseits der umfassenden Apokalypse erscheint zudem auch ein Klimakollaps durch autoritäre und ausschließende Aktionen einzelner Gruppen für diese überlebbar. Die Monopolisierung der Verfügbarkeit über die technischen Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung ist eine große Gefahr dahingehend, dass sie die Illusion des eigenen Überlebens steigert. Die grundsätzliche Gefahr geht so nicht von ökonomischen Begrenzungen einer erzwungenen Veränderung der Akkumulations-, Produktions- bzw. Lebensweise aus, sondern von den politischen Machtverhältnissen, in denen sich die Veränderungen vollziehen müssen. Die massenhafte Akzeptanz einer Veränderung der Lebensweise und der dafür notwendigen Veränderungen der Produktionsweise durch eine diverse, zersplitterte gesellschaftliche Bewegung sind die entscheidenden praktischen Herausforderungen.

Im Mittelpunkt eines alternativen Diskurses zum Messen gesellschaftlicher Entwicklung müssen daher folgende Fragen stehen: a) welche Prozesse sind zu messen b) um welche Interessen geht es und was sind dementsprechend c) die adäquaten Maße und d) die adäquaten Verfahren des Messens sowie schließlich e) die Subjekte des Messens und Bewertens?

Maß und Messen sind folglich a priori politischer Natur – egal was gemessen wird. Jede gesellschaftliche Gruppe wird Maß und Messen entsprechend den Maßstäben der Realisierung ihrer Interessen, entsprechend den Erfordernissen ihrer sozialen Reproduktion gestalten. Dabei wird sie diese Interessen als allgemein-menschliche versuchen zu setzen.

Dabei stehen die Kennziffer und der Prozess der Bewertung gleichberechtigt nebeneinander. Die mit der Aggregation notwendige Vereinheitlichung muss durch eine monitoring- und deliberativ gestützte Entscheidungsstruktur gebrochen werden – die in Monitoringprozessen erfolgende Hervorhebung des Besonderen in Relation zu Trends allgemeiner Natur (des Wohlbefindens) auf Verallgemeinerungsfähigkeit hin geprüft werden.

Wer misst?

Die Herausforderung besteht nicht darin, ein anderes Wachstum zu erreichen, sondern einen anderen Typ von Entwicklung unter Formulierung eines neuen Fortschrittsverständnisses. Das wird heute immer weniger bestritten. Für dessen Beschreibung ist die Kombination von ökonomischen, sozialen, ökologischen Kennziffern mit Formen eines gesellschaftlichen Monitorings dieser Entwicklung (Sozial-, Armuts-, Umwelt-, Gesundheitsberichterstattungen, partizipative Haushaltspolitik), mithin die Veränderung der Wege der Entscheidungen zu WAS, WIEVIEL, WIE und WO von Produktion gesellschaftlichen Reichtums in seinen verschiedenen Formen eine Seite.

Auf der anderen Seite steht aber auch die Veränderung der wirtschaftenden Subjekte. Die bestehenden Unternehmen allein in einen neuen Rahmen zu setzen, wird nicht funktionieren. Es geht um neue Wirtschaftsdemokratie im Unternehmen und

bezüglich seines Umfeldes gleichermaßen. Technikfolgenabschätzung, Veränderung des Verlaufs von Innovationsprozessen und öffentlich kontrollierte Forschungspolitik sind unabdingbare Voraussetzungen für die Durchsetzung welcher Entscheidungsgrundlagen auch immer.

Genauso geht es um eine neue Organisationsweise der sozialen Bewegungen.

Die Reaktion auf diese Herausforderungen kann nur die Entfaltung von neuen Wegen von Bündnispolitik und Solidarität sowie von Formen deliberativer direkter Demokratie sein. Die Durchsetzung von Öffentlichkeit von Entscheidungsprozessen und die Stärkung des Öffentlichen (öffentliches Eigentum, öffentliches Bildungssystem und öffentlich kontrollierte Forschung) sind dabei wichtige Elemente bei der Durchsetzung von Elementen nachhaltiger Entwicklung gegenüber dem (einen Herrschaftsanspruch verkörpernden) Wachstumsdogma kapitalistischen Wirtschaftens.

Die anspruchsvolle Tagesforderung heißt:

- Demokratisierung von Entscheidungsprozessen durch öffentliches Monitoring/ Berichterstattung, Folgenabschätzung und deliberative Formen direkter Demokratie
- eine Reform der öffentlichen Verwaltungen, die sie befähigen, andere Ziele zu vermitteln
- Wirtschaftsdemokratie
- Formulierung von Zielprogrammen auf dieser Basis (Führung über Ziele)
- davon ausgehend Wahl einer Kennziffernkombination
- öffentlicher Prozess der Bewertung der Ergebnisse
- Stärkung des öffentlichen Sektors als normsetzender Bereich der Wirtschaft.

Die Veränderung von Maßstäben und die Einführung von allgemein zugänglichen Verfahren des Findens dieser Maßstäbe bedeutet aber nicht automatisch Akzeptanz der sich daraus ergebenden Veränderungen der Lebensweise. Es werden nur Möglichkeiten geschaffen, sich anders zu verhalten. Wirklichkeit werden sie nur in einer neuen Kultur.

Fazit

Eigentlich kann es keine eigene »Wachstumsdiskussion« geben. Eine Debatte, die sich am Wachstum als solchem orientiert, verliert den sozialen Gehalt von Entwicklung in seiner Totalität aus dem Auge. Es wird immer eine Wechselwirkung zwischen Entwicklungsprozessen geben, in denen mehr Aufwand getrieben wird, ggf. auch mehr Ressourcen verbraucht werden und solchen, in denen Ressourcenverbrauch verringert wird. Die Diskussion muss von sozialen und ökologischen Zielen her geführt werden. Diese Ziele und die Wege ihrer Realisierung müssen in einem öffentlichen Prozess gefunden und durchgesetzt werden. Nur in diesem Kontext hat eine Wachstumsdiskussion einen Sinn – Wachstum kann nicht Selbstzweck sein.

Literatur

- Binswanger, Hans Christoph (2006) Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg.
- Brangsch, Lutz (2006) Dialektik der Reproduktion – Ökonomisches und Soziales bei Marx; in Brie, M. (Hg.) Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Kritik des Neoliberalismus und Alternativen.

- Beiträge zum Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 1. Juni 2005; rls papers, Berlin.
- DELFT (2008) Handbook on estimation of external costs in the transport sector. Produced within the study Internalisation Measures and Policies for all external Cost of Transport (IMPACT), http://ec.europa.eu/transport/sustainable/doc/2008_costs_handbook.pdf.
- Diewert, Erwin (2007) Productivity Measurement in the National Accounts and its Importance, Paper presented at the Asian Productivity Organization-Keio University Lecture Program, October 22, 2007, http://www.apo-tokyo.org/jpn/news/archive_eve/images/eve14-1.pdf (05.06.2010).
- EK – Europäische Kommission (2009) Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel, Mitteilung KOM(2009) 433, 20. 8. 2009, Brüssel.
- EK – Europäische Kommission (2010) EUROPA 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Mitteilung KOM(2010) 2020 endgültig, 3. 3. 2010, Brüssel.
- Häring, Norbert (2010) Der Statistik-Schmu der Amerikaner, <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/der-statistik-schmu-der-amerikaner-432340/> (05.06.2010)
- Jaeger, Carlo C./ Horn, Gustav/ Lux, Thomas (2009): Wege aus der Wachstumskrise. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt. Potsdam.
- Marx, Karl (1971) Das Kapital. Erster Band, Berlin.
- Marx, Karl (1974) Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857 – 1858. Berlin.
- Marx, Karl (1976) Theorien über den Mehrwert, in: MEW Bd. 26.3, 4. Aufl., Berlin.
- Miegel, Meinhard (2010) Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin.
- Nuss, Sabine (2010) Der Gebrauchsanleitungs-Kapitalismus, in: Luxemburg Heft 2/2010
- Pearce, David W./ Turner, Robert K. (1990) Economics of natural resources and the environment, New York.
- Samuelson, Paul A./ Nordhaus, William D. (1987) Volkswirtschaftslehre. Grundlagen der Makro- und Mikroökonomie, 2 Bände, Köln.
- Spangenberg, Joachim H. (2010) The growth discourse, growth policy and sustainable development: two thought experiments, in: Journal of Cleaner Production 18.
- Stiglitz, Joseph E./ Sen, Amartya/ Fitoussi, Jean-Paul (2009) Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, Paris.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zur Auseinandersetzung mit diesem Konzept Nuss (2010).
- 2 Wir sehen hier bewusst von moralischen Erwägungen ab, auch wenn diese durchaus eine eigenständige und nicht zu unterschätzende Rolle bei Entscheidungen über Zukunftsfragen spielen können.
- 3 »It is not the fault of statistical agencies that the pace of technical progress has greatly increased in recent years, leading to a proliferation of new products and leading to difficulties with traditional matched model methods for constructing price indexes. On the other hand, it seems necessary that statistical agencies and international organizations concerned with economic measurement provide governments and the public a well thought out plan for improving economic measurement in coming years.« (Diewert 2007, 23).